

LANDTAGS KURIER



Seite 4:
Ministerpräsident
Kretschmer äußert sich
zur Corona-Situation



Seite 15:
Konferenz des Forums
Mitteleuropa kommt in
Wien zusammen



Seite 20:
Schüler ringen beim
Jugend-Redeforum um
die besten Argumente

Ausgabe
7.21



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 22. November trat in Sachsen eine Corona-Notfall-Verordnung in Kraft. Die Staatsregierung muss damit zum wiederholten Mal in dieser Pandemie eine Notbremse ziehen. Die Normal- und Intensivstationen der Krankenhäuser sind überlastet, vor allem das medizinische Personal ist am Rande seiner Kräfte angekommen. Der Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie in der 38. Sitzung des Sächsischen Landtags brachte die angespannte Situation, in der sich unser Freistaat im Moment befindet, deutlich zum Ausdruck. In der Debatte wurde ebenso klar, dass wir grundsätzlich in der Lage sind, die Situation zu kontrollieren. Die Instrumente liegen bereit. Es stehen hochwirksame und sichere Impfstoffe zur Verfügung. Jeder und jede kann sich nun selbst schützen und Verantwortung für sich und sein Umfeld übernehmen. Das ist der große Unterschied zum vergangenen Jahr: Es liegt an uns, dem Virus den Schrecken zu nehmen und es erfolgreich in den Griff zu bekommen. Der alternative Weg, das Geschehen einfach laufen zu lassen, führt in kürzester Zeit in eine verhängnisvolle Sackgasse. Das mussten wir in den vergangenen Wochen erleben. Die Folgekosten eines durch die Pandemie überforderten Gesundheitssystems sind gigantisch. Der Schutz des menschlichen Lebens bleibt in einer Demokratie indes unverhandelbar.

Mit den richtigen Wegen aus der Coronakrise befasste sich Anfang November auch die Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag. Ich freue mich, dass dieses Treffen bereits zum 10. Mal stattfinden konnte. Sachsen pflegt eine intensive Partnerschaft mit seinen Nachbarstaaten. Unser Freistaat, seine Städte und Regionen sind durch ihre Geschichte und Kultur fest in die mitteleuropäische Identität eingepflanzt. Auf die Veranstaltung in Wien blickt die aktuelle Ausgabe des Landtagskuriers noch einmal zurück und zeichnet die wichtigsten Beiträge nach.

Uns muss es auch in krisenhaften Zeiten gelingen, den europäischen Gedanken im Bewusstsein zu halten und weiter zu fördern.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

38. Sitzung des Sächsischen Landtags Gegen die Infektionswelle Situation in Krankenhäusern spitzt sich zu – Staatsregierung beabsichtigt weitere Einschränkungen.....	4
38. Sitzung des Sächsischen Landtags Viel Licht, wenig Schatten Fraktionen ziehen erfolgreiche Bilanz der LEADER-Regionalförderung.....	5
38. Sitzung des Sächsischen Landtags Mehr Schüler – weniger Lehrer? Aktuelle Studie prognostiziert wachsende Schülerzahlen bis 2028	6
Hintergrundinformationen zur 2. Regionalisierten Schüler- und Absolventenprognose	8
39. Sitzung des Sächsischen Landtags An der Tankstelle wird es teuer AfD kritisiert hohe Energiekosten und fordert Abschaffung der CO ₂ -Steuer.....	9
39. Sitzung des Sächsischen Landtags Unmenschliche Behandlung DIE LINKE fordert Hilfen für Flüchtlinge in Belarus.....	10
39. Sitzung des Sächsischen Landtags Keinen Schlusstrich ziehen BÜNDNISGRÜNE sehen weiteren Aufarbeitungsbedarf zum Nationalsozialistischen Untergrund	11

PARLAMENT

Erhöhung des Landesblindengeldes	12
Laufende Gesetzgebung	13
Wiedersehen und Wiederwahl Mitgliederversammlung ehemaliger Abgeordneter des Sächsischen Landtags.....	14

EUROPA

»Wie weiter in Europa?« Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in Wien.....	16
Europarats-Delegation tagt in Dresden Deutsche Mitglieder im Kongress der Gemeinden und Regionen ziehen positives Fazit.....	18

AUSSTELLUNG

Polizeiarbeit im Spannungsfeld Ausstellung zeigt Schlaglichter aus 30 Jahren Polizei in Sachsen online und im Landtag.....	19
---	----

JUGEND

Rhetorisches Kräftemessen 36 Jugendliche beweisen im Landtag ihr Argumentationsgeschick	20
--	----

GESCHICHTE

Zeichen der Hoffnung Die konstituierende Sitzung des sächsischen Nachkriegslandtags am 22. November 1946.....	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

PLENUM

Infektionswelle, Schülerprognose, Ländlicher Raum, Inflation, Flüchtlingskrise, NSU-Aufarbeitung

Foto: S. Floss

// Am 18. und 19. November 2021 kam der 7. Sächsische Landtag zu zwei Plenarsitzungen zusammen. Am ersten Sitzungstag standen unter anderem der Corona-Bericht der Staatsregierung sowie zwei Aktuelle Debatten zu den Themen Demografie und EU-Fördermittel auf der Tagesordnung. Am zweiten Sitzungstag debattierten die Abgeordneten unter anderem über die jüngsten Preisanstiege, die Flüchtlingssituation an der EU-Außengrenze sowie über den Rechtsextremismus. //



// Ministerpräsident Michael Kretschmer //
Foto: S. Floss

38. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Gegen die Infektionswelle

Situation in Krankenhäusern spitzt sich zu – Staatsregierung beabsichtigt weitere Einschränkungen

// Der Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie bildete den ersten Tagesordnungspunkt der 38. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 18. November 2021. Ministerpräsident Michael Kretschmer kündigte in seiner Rede Einschränkungen des öffentlichen Lebens an, besonders für ungeimpfte Menschen. //

**Zusätzliche
Impfmöglichkeiten**

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, begann seine Rede mit dem Appell, dass angesichts sehr hoher Infektionszahlen dringend gehandelt werden müsse. Die Zahl der Impfungen in Sachsen sei weiterhin viel zu gering. Man werde versuchen, noch mehr Impfangebote in der Fläche zu schaffen. Von Infektionen mit dem Coronavirus seien aktuell vor allem Ungeimpfte betroffen. Daher müssten insbesondere sie in den kommenden Wochen mit stärkeren Einschränkungen rechnen.

Die Beschränkung von öffentlichen Bereichen auf 2G, also nur für vollständig Geimpfte oder Genesene, sei diskriminierend, erwiderte Jörg Urban, AfD. Es bedeute einen Zwang zur Impfung, die viele nicht schütze. Denn auch geimpfte Personen infizierten sich und kämen ins Krankenhaus. Der AfD-Fraktionsvorsitzende forderte die Staatsregierung auf, kostenlose Tests für alle Bürger bereitzustellen sowie allen Pflegekräften einen Bonus von 1.000 Euro zu zahlen.

**Eigenverantwortung
und Solidarität**

Man habe das Vorrecht, in der aktuellen Situation hochwirksame und verträgliche Impfstoffe parat zu haben, so Alexander Dierks, CDU. Die Impfentscheidung liege in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Man könne niemanden zu Verantwortung oder vernünftigem Verhalten zwingen. Vielmehr gehe es um Solidarität. Impfungen blieben der einzige Weg aus der Pandemie, durch sie habe man in der Medizingeschichte schon viele Viruserkrankungen besiegt.

Das ständige Hin und Her habe Vertrauen gekostet, kritisierte Susanne Schaper, DIE LINKE. Die Staatsregierung habe zwar zeitig eine Auffrischungsimpfung empfohlen, dann aber keine Impfkapazitäten parat gehalten. Bei den Weihnachtsmärkten habe sie lange an einer Öffnung festgehalten und gleichzeitig die Verantwortung auf die Kommunen geschoben. Grundsätzlich problematisch sah Schaper auch die mangelhafte Krankenhausfinanzierung im Freistaat.

**Infektionszahlen
spürbar absenken**

Angesichts der hohen Fallzahlen dürfe man nicht aufhören, nach Lösungen zu suchen, befand Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE. Notwendig seien zum Beispiel die Homeoffice-Pflicht oder eine 3G-Regelung am Arbeitsplatz. Die Wiedereinführung der Bürgertests und konsequente Strafen für gefälschte Impfausweise setzten ebenfalls an der richtigen Stelle an. Das große Ziel bleibe es, die Infektionszahlen zu senken, um damit das System der medizinischen Versorgung zu stabilisieren.

Simone Lang, SPD, verwies darauf, dass die Delta-Variante des Coronavirus die bislang ansteckendste sei. Die Zeit von der Ansteckung bis zum Ausbruch sei kürzer und die Viruslast um ein Vielfaches höher als beim ursprünglichen Typ. Ein verantwortungsvoller Staat müsse angesichts rapide steigender Infektionszahlen handeln. Es sei daher richtig, dass der Bundestag nun befristet den Bundesländern mehr Handlungsspielräume ermögliche.

// Von der CDU-Fraktion stammte die Aktuelle Debatte mit dem Titel »Klares Bekenntnis zur LEADER-Förderung des Ländlichen Raums. Wir halten Wort!«. Die EU unterstützt seit 1991 innovative Aktionen und Modellprojekte im ländlichen Raum. Das Ziel ist es, die Lebensqualität in strukturschwachen Gebieten zu halten und zu verbessern. //



38. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Ronny Wähner // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Viel Licht, wenig Schatten

Fraktionen ziehen erfolgreiche Bilanz der LEADER-Regionalförderung

Viel Positives erreicht

Ronny Wähner, CDU, erklärte, dass im Freistaat Sachsen die 30 LEADER-Regionen selbst die Verantwortung für die EU-Förderung im ländlichen Raum trügen. Dieses Verfahren sei einmalig in Deutschland und ein voller Erfolg. Man wolle das bewährte Modell daher weiterhin beibehalten. Zwar stünde insgesamt weniger Geld als in den vergangenen Jahren zur Verfügung, die jetzt in Aussicht stehenden Beträge seien aber höher als zunächst angenommen.

Die LEADER-Förderung sei vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs, des Wandels in der Autoindustrie und des drohenden Verlusts Zehntausender Industriearbeitsplätze wichtiger denn je, befand Thomas Thumm, AfD. Lokale Aktionsgruppen hätten bereits viel Positives erreicht. So sei im Erzgebirge kürzlich ein 98 km langer Rundwanderweg fertiggestellt worden. Zudem würden Vereine unterstützt, die sich um historische Stätten des Bergbaus kümmerten.

Keine gleichwertigen Verhältnisse

Antje Feiks, DIE LINKE, lobte die basisdemokratische Idee der LEADER-Förderung. Sie beziehe lokale Akteure und deren Partner

aktiv ein. Die umgesetzten Projekte könnten sich ebenfalls sehen lassen. Trotz der Erfolge liege das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land noch in ferner Zukunft. Es fehle vielerorts an Räumen der Begegnung, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten und ähnlicher öffentlicher Infrastruktur.

Sowohl bei LEADER als auch bei der EU-Landwirtschaftsförderung ELER stehe weniger Geld als früher zur Verfügung, gab Ines Kummer, BÜNDNISGRÜNE, zu bedenken. Die begrenzten Mittel dürften aber nicht zu Konflikten zwischen Landwirten und Bürgermeistern führen. Es gehe nur gemeinsam. Ihre Fraktion bekenne sich daher sowohl zur LEADER-Förderung als auch zur notwendigen ökologischen Transformation der Landwirtschaft.

Förderrichtlinien verbessern

Das Vertrauen des Staates, regionalen Akteuren das Handeln zu überlassen, habe sich ausgezahlt, hob Volkmar Winkler, SPD, hervor. Zahlreiche maßgeschneiderte Projekte seien mit LEADER entwickelt und umgesetzt worden. Es gebe auch Dinge, die verbessert werden könnten. Dazu gehöre in einigen Regionen die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen, außerdem das Vergaberecht und uneinheitliche Datenbestände.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Regionalentwicklung, CDU, erinnerte daran, dass sich die regionalen LEADER-Gruppen zunächst nicht ohne Reibung gebildet hätten. Auch aus Brüssel habe es Gegenwind gegeben. Dennoch sei das Programm ein großer Erfolg. In der neuen Förderperiode stünde insgesamt weniger Geld zur Verfügung. Deshalb habe man auch intensive Gespräche führen müssen, wie viel davon wohin fließe.

Juliane Pfeil als neue Abgeordnete verpflichtet

Juliane Pfeil, SPD, wurde zu Beginn der Plenarsitzung von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler als neue Abgeordnete verpflichtet. Sie rückt für Holger Mann, SPD, nach, der in den Bundestag wechselt. Juliane Pfeil war bereits von 2014 bis 2019 Mitglied des Sächsischen Landtags.





38. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sabine Friedel // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Mehr Schüler – weniger Lehrer?

Aktuelle Studie prognostiziert wachsende Schülerzahlen bis 2028

SPD: Spürbarer Anstieg der Schülerzahlen

In den nächsten drei bis vier Jahren gebe es deutlich mehr Schulanfängerinnen und Schulanfänger an den sächsischen Grundschulen, so Sabine Friedel, SPD. Es sei mit circa 5 000 Schülerinnen und Schülern zusätzlich zu rechnen, als heute bereits unterrichtet würden. Bei den Oberschulen stelle sich die Lage noch deutlicher dar. Dort lernten in einigen Jahren etwa 12 000 Schülerinnen und Schüler mehr. An den Gymnasien würden 19 000 Schülerinnen

und Schüler mehr als heute erwartet. Der Anstieg erreiche voraussichtlich im Jahr 2028 seinen Höhepunkt. Die Zahlen seien eine große Herausforderung, stellte die SPD-Politikerin fest. Kurzfristig würden in den nächsten Jahren 500 bis 600 Grundschullehrkräfte mehr benötigt. Die zusätzlich erforderlichen Stellen sollten im kommenden Doppelhaushalt berücksichtigt werden. Da die Zahl der Schulanfänger in späteren Jahren aber wieder absinken werde, müsse man das System flexibel gestalten.

CDU: Hohe Qualität der Lehrerausbildung halten

Iris Firmenich, CDU, forderte, bei der Schülerprognose auf

regionale Unterschiede zu achten. Die steigenden Schülerzahlen in den urbanen Zentren müssten mit zusätzlichen Lehrkräften und Investitionen in Schulhäuser abgesichert werden. Im ländlichen Raum habe es Vorrang, die bestehenden Schulstandorte über die Jahre 2027/2028 hinaus, wenn die Schülerzahlen wieder zurückgingen, zu erhalten. Sachsen habe in der Vergangenheit in vielen Bildungsrankings regelmäßig den ersten Platz geholt. Dies solle auch weiterhin das Ziel bleiben. Dafür sei es notwendig, Lehrkräfte auf gutem Niveau und entsprechend dem Bedarf auszubilden. Das Kultusministerium müsse seine Lehrbedarfsplanung mit der neuen Prognose abgleichen und die zusätzlich benötigten Stellen im nächsten Doppelhaushalt

verankern. Erforderlich sei es zudem, neben den Lehrkräften den Fokus auch auf Assistenzkräfte zu legen. Sie würden dazu beitragen, die Qualität im Unterricht sicherzustellen.

AfD: Lehrerquote für Bedarfsregionen

Es sei ein großer Fehler gewesen, dass vor Jahren viele Oberschulen im ländlichen Raum geschlossen wurden, bemängelte Dr. Rolf Weigand, AfD. Sie wurden häufig zu Grundschulen umgebaut. Man habe damit die Chance auf eine spätere Reaktivierung als Oberschule vertan. Die steigenden Schülerzahlen seien für den Lehrkräftebedarf eine doppelte Herausforderung. Einerseits müssten neue Lehrer für den prognostizierten Bedarf

Am 7. Oktober 2021 verstarb die ehemalige Landtagsabgeordnete **Petra Zais**. Sie gehörte von 2014 bis 2019 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an und war Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport.



// Iris Firmenich



// Dr. Rolf Weigand



// Luise Neuhaus-Wartenberg



// Christin Melcher



// Sabine Friedel

eingestellt werden. Gleichzeitig ergebe sich aus der bestehenden Altersstruktur auch, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren 50 Prozent der Lehrer in den Ruhestand gingen und auch diese Stellen neu besetzt werden müssten. Weigand forderte Eignungstests für das Lehramtsstudium, um die Abbrecherquote zu senken. Gegenwärtig würden 40 Prozent der Studierenden ihr Studium vorzeitig aufgeben. Ähnlich wie bei der Landarztquote sollten angehende Lehrkräfte zukünftig motiviert werden, nach ihrer Ausbildung in Bedarfsregionen zu gehen.

DIE LINKE: Stadt-Land-Gefälle abbauen

In Sachsen würden Lehrerinnen und Lehrer nicht nur für eine steigende Zahl an Schülern benötigt, so Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE. Wichtig sei zusätzliches Personal auch, um in kleineren Gruppen lernen zu können. Das habe die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Sie regte außerdem an, dass kommunales Bildungsmanagement helfen könne, regionale Unterschiede bei der Verteilung der Lehrkräfte auszugleichen. Zudem sei es denkbar, ländliche Gebiete in West- und Ostachsen besser zu versorgen, indem dort Außenstellen der jeweiligen Universitäten öffneten. Um das Land außerhalb der sächsischen Großstädte für junge Lehrerinnen und Lehrer attraktiver zu

machen, bräuchte es ansprechende Freizeitangebote, gute Bus- und Zugverbindungen sowie ausreichend Möglichkeiten zur politischen Teilhabe. In den ländlichen Schulen führe am jahrgangsübergreifenden Lernen, etwa in Form der Gemeinschaftsschulen, kein Weg mehr vorbei.

der sich durch die vorhergesagten steigenden Schülerzahlen ergebe. Neben den zusätzlichen Stellen müssten auch die altersbedingten Abgänge von Lehrkräften kompensiert werden. Die Lehrerbedarfsplanung bedürfe im Lichte der vorgestellten Ergebnisse einer Anpassung. Im Koalitionsvertrag

es jedoch, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer überhaupt einstellen zu können.

Staatsregierung: Langfristige Bildungspolitik

Stellvertretend für Kultusminister Christian Piwarz, CDU, ergriff Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow, CDU, das Wort für die Staatsregierung. Es komme jetzt darauf an, die regionalisierte Schüler- und Absolventenprognose im Detail mit der nötigen Tiefgründigkeit zu betrachten und sie auszuwerten. Dazu gehöre es selbstverständlich auch, die Lehrerbedarfsplanung anzupassen und die Kapazitäten an den Universitäten im Blick zu behalten, damit die Zahl der ausgebildeten Lehrkräfte mit den steigenden Schülerzahlen Schritt halten könne. Bildungspolitik bleibe ein fortlaufender Prozess, bei dem man einen langen Atem und auch einen langen Planungshorizont brauche. Regelmäßige Prognosen seien hilfreich und wichtig, um vorausschauend handeln zu können. Langfristige Vorausberechnungen nützten nicht nur der Politik, sondern seien beispielsweise auch für Schulleiter und Hochschulrektoren hilfreich.



»Bildungspolitik ist und bleibt ein fortlaufender Prozess, bei dem man einen langen Atem braucht.«

38. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sebastian Gemkow

BÜNDNISGRÜNE: Mehr Haushaltsmittel für Bildung

Man sei gut beraten, die Schüler- und Absolventenprognose zur Grundlage des politischen Handelns zu machen, stellte Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE, fest. Wie ihre Vorrednerin verwies sie auf den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern,

habe man vereinbart, bis 2024, also noch in dieser Legislaturperiode, den Ergänzungsbereich wieder vollumfänglich abzusichern. Im kommenden Doppelhaushalt müsse mehr Geld für Bildung eingeplant werden. Angesichts der bereits jetzt lückenhaften Finanzierungsplanung bedeute dies einen gemeinsamen Kraftakt. Die größte Herausforderung bleibe

BERICHTIGUNG

Im Landtagskurier-Sonderheft »30 Jahre Landtagskurier« auf S. 27 wurde Volker Schimpff zweimal irrtümlich als Dr. Volker Schimpff angeführt. Der Hinweis kam von ihm selbst. Wir bitten dies zu entschuldigen.

Hintergrundinformationen zur 2. Regionalisierten Schüler- und Absolventenprognose

Wahrscheinliche Entwicklung der Schülerzahlen in Sachsen bis zum Jahr 2035

// Der Freistaat Sachsen kann bis zum Jahr 2028 mit mehr Schülerinnen und Schülern rechnen. In den Jahren danach werden die Zahlen dann voraussichtlich wieder sinken. Die Entwicklungen verlaufen je nach Region und Schulart unterschiedlich. //

Das Statistische Landesamt in Sachsen hat im Oktober seine 2. Schüler- und Absolventenprognose veröffentlicht. Demnach steigen die Schülerzahlen im Freistaat Sachsen voraussichtlich bis zum Jahr 2028 weiter an. In den allgemeinbildenden Schulen werden dann laut Schätzung bis zu 423 800 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Die Studie geht weiterhin davon aus, dass die Schülerzahlen nach dem Jahr 2028 wieder zurückgehen und dann in etwa das heutige Niveau erreichen werden. Demnach würden im Jahr 2035 knapp 2 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler an den sächsischen Schulen lernen als heute. Sollte die Entwicklung günstiger verlaufen, könnten es auch vier Prozent mehr sein als heute.

Mehr Schüler am Gymnasium

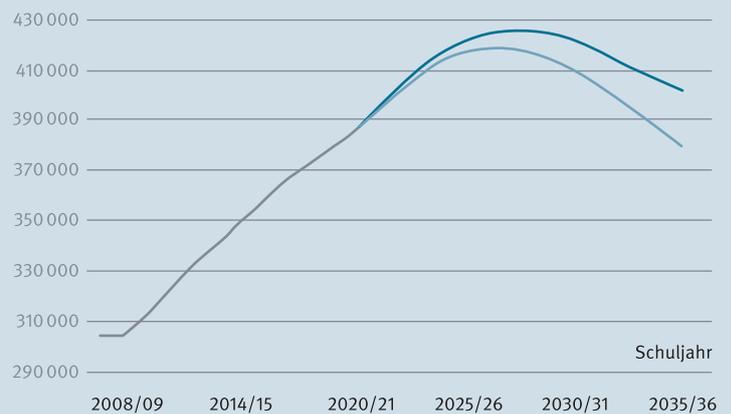
Die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen werden sich laut der Prognose des Statistischen Landesamtes regional sehr unterschiedlich fortsetzen. Während in den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie in den Landkreisen Leipzig und Nordsach-

sen durchweg steigende Zahlen erwartet werden, gehen sie in fast allen anderen Landkreisen zurück. Mit dem stärksten Anstieg in den kommenden Jahren kann die Stadt Leipzig rechnen. Hier werden in 15 Jahren bis zu 31 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler lernen als heute. Den höchsten Rückgang muss voraussichtlich der Erzgebirgskreis verkraften.

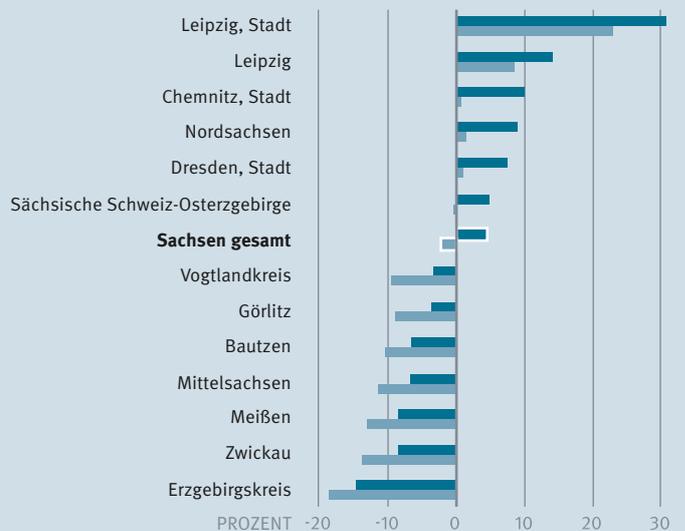
Unterschiede gibt es nicht nur in der regionalen Verteilung, sondern auch nach Schulform. Ab 2029/30 werden sich die Schülerzahlen an den Oberschulen im Freistaat Sachsen laut statistischer Annahme rückläufig entwickeln. Gegenüber dem heutigen Niveau werden es im Jahr 2035 aber noch bis zu vier Prozent mehr sein. An den sächsischen Gymnasien hält der steigende Trend indes voraussichtlich bis zum Schuljahr 2030/31 an. Auch im Jahr 2035 wären immer noch knapp 19 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler am Gymnasium als heute.

Die berufsbildenden Schulen in Sachsen können in den kommenden Jahren ebenfalls mit steigenden Schüler- und Absolventenzahlen planen. Für sie wird bis 2035 ein Zuwachs um bis zu 16 Prozent angenommen.

ENTWICKLUNG DER SCHÜLERZAHLEN IN SACHSEN



VERÄNDERUNGEN DER SCHÜLERZAHLEN NACH LANDKREISEN UND KREISFREIEN STÄDTEN



Die Varianten 1 und 2 zeigen die angenommenen Entwicklungsverläufe.

Daten: Amtliche Schulstatistik, 2. Regionalisierte Schüler- und Absolventenprognose.

An der Tankstelle wird es teuer

AfD kritisiert hohe Energiekosten und fordert Abschaffung der CO₂-Steuer

// Jan-Oliver Zwerg am Rednerpult // Foto: S. Floss

CO₂-Steuer abschaffen

Jan-Oliver Zwerg, AfD, fragte, ob angesichts der immensen Kraftstoffkosten das Autofahren in Zukunft zum Luxus werde. Für den Preisanstieg seien neben den gestiegenen Rohölpreisen vor allem höhere Steuern verantwortlich. Mit den Abgaben sowie den sich vertuernden Kfz-Steuern subventionierten Millionen Besitzer von Benzin- und Dieselfahrzeugen die E-Autos. Sachsen solle sich daher im Bundesrat für eine Abschaffung der CO₂-Steuer einsetzen.

Die Preissteigerungen fielen geringer aus, als es die Schlagzeilen der Presse vermuten ließen, bemerkte Ines Springer, CDU, in Richtung AfD. Die sogenannte »Preisexplosion« beruhe darauf, dass im vergangenen Jahr eine niedrigere Mehrwertsteuer galt. Die Debatte sei daher aus volkswirtschaftlicher Sicht verfehlt. Bei den Lebensmittelpreisen müsse man sich eingestehen, dass sie in Deutschland im Vergleich mit dem westeuropäischen Ausland ungleich günstiger seien.

Abhängigkeit senken

Marco Böhme, DIE LINKE, kam ebenfalls auf die gestiegenen Preise bei fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu sprechen. Dieser Umstand habe jedoch nicht, wie von der AfD-Fraktion behauptet, mit einer CO₂-Steuer zu tun. Dafür sei nach seiner Auffassung allein

// Der Sächsische Landtag debattierte auf seiner 39. Sitzung am 19. November 2021 zum Thema »Preisexplosion bei Lebensmitteln und Energie«. Beantragt hatte die Debatte die Fraktion der AfD. Im Oktober 2021 lag die Inflationsrate in Deutschland bei + 4,5 %, so hoch wie seit 1993 nicht mehr. //

das System des Kapitalismus verantwortlich. Hohe Energiepreise träfen vor allem Menschen, die in Armut lebten oder im Niedriglohnsektor arbeiteten. Niemand solle deswegen frieren oder nicht mehr am mobilen Leben teilhaben können.

Aus der gegenwärtigen Entwicklung müsse man lernen und auf eine stabilere regionale und nachhaltige Versorgung setzen, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Die wahrgenommenen Preiserhöhungen verdeutlichten die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Nur ein weitaus höherer Anteil an erneuerbaren Energien sichere künftig die unabhängige Versorgung. Neue Pipelines wie Nord Stream 2 seien keine langfristige Lösung.

Erneuerbare Energien stärken

Volkmar Winkler, SPD, stimmte zu, dass ein höherer Anteil an erneuerbaren Energien dauerhaft für akzeptable Preise sorgen könne. Auch Einsparungen beim Verbrauch würden helfen. Energie müsse insgesamt bezahlbar bleiben. Eine gerechte Einkommens- und Sozialpolitik Sorge dafür, Preisschwankungen abzufedern. Billig produzierte Lebens-

mittel seien nicht akzeptabel, wenn es zu Lasten der Bauern, gering bezahlter Arbeitskräfte oder des Tierwohls gehe.

Die Ursachen für steigende Preise seien vielfältig, argumentierte Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, BÜNDNISGRÜNE. Ein Grund liege beispielsweise in der hohen Gasnachfrage aufgrund des sehr kalten Winters und Frühjahrs in Europa, Asien und Nordamerika. Hinzu komme, dass sich die asiatische Wirtschaft nach dem vergangenen Lockdown derzeit erhole und einen erheblichen Nachholbedarf zeige.

Wahl zum MDR-Rundfunkrat

Der Sächsische Landtag wählte am 18. November 2021 drei Vertreterinnen und Vertreter in den MDR-Rundfunkrat. Die notwendige Zweidrittelmehrheit erreichten Andreas Nowak (CDU), Dirk Panter (SPD) und Antje Feiks (DIE LINKE). Sie gehören dem Gremium in den kommenden sechs Jahren an und entscheiden unter anderem über die Programmrichtlinien sowie die Finanzen der Anstalt.



// »Humanitäre Hilfe leisten, anstatt Zäune und Mauern zu errichten, Herr Ministerpräsident!« lautete eine von der Fraktion DIE LINKE beantragte Aktuelle Debatte. Sie stand am 19. November 2021 auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags. //

// Juliane Nagel // Fotos: S. Floss

39. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Unmenschliche Behandlung

DIE LINKE fordert Hilfen für Flüchtlinge in Belarus

Humanitäre Hilfe verweigert

Das Vorgehen des belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko sei zwar zu verurteilen, dennoch komme der Europäischen Union in dieser Situation eine Verantwortung zu, hob Juliane Nagel, DIE LINKE, an. Der Anspruch der EU sei es, Menschenrechte zu wahren und für Frieden, Versöhnung und Demokratie einzustehen. In der Praxis müsse man zusehen, wie Asylantragstellungen, humanitäre Hilfe und der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung verwehrt würden.

Rico Anton, CDU, entgegnete, dass die Zukunft der Europäischen Union auch von der Frage abhängen würde, ob die EU-Außengrenze wirksam gesichert werde. Nur dann könnten offene Binnengrenzen und ein ungestörter Warenverkehr Bestand haben. Die EU dürfe sich in der Flüchtlingsfrage nicht erpressen lassen. Kein Migrant habe das Recht, Sperranlagen gewaltsam zu durchbrechen. Polen habe wiederum selbstverständlich das Recht, sein Hoheitsgebiet zu schützen.

Schwaches Europa

Die EU befinde sich faktisch im Stillstand, so Alexander Wiesner, AfD. Sie werde zwar noch von der faszinierenden Idee eines eini-

gen und friedlichen Europas zusammengehalten. Doch in der Realität bröckele das »Haus Europa« an vielen Ecken unübersehbar. Das Trennende triumphierte über das Verbindende. In der jetzigen Situation werde klar: Wenn die EU ihre Grenze nicht schütze, lade sie Machthaber Lukaschenko zu noch viel schlimmeren Untaten ein.

Die Flüchtlinge befänden sich in einer Situation, in der sie weder vor- noch zurückkönnen, so Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE. Polen missachte grundlegende Menschenrechte, indem es den Flüchtlingen Asylgesuche verweigere und ihnen keine Nahrung, Obdach oder Hilfe gebe. Die Entmenschlichung der Schutzsuchenden müsse aufhören. Sie benötigten Zugang zu einem ordentlichen Asylverfahren. Damit könne geregelt werden, wer aufgenommen werde und wer nicht.

Gemeinsame Werte schützen

Frank Richter, SPD, betonte, man könne in dieser schwierigen Situation mehr tun, als nur die europäische Außengrenze zu verteidigen. Es sei ebenso geboten, die ethisch-geistigen Grundlagen der Europäischen Union zu schützen. Diese Werte befänden sich nicht innerhalb einer ideologischen Käseglocke, sondern bildeten das Fundament unseres Gemein-

wesens. Als ein Ausdruck dessen sei es angebracht, auch einmal ein freundliches Gesicht zu zeigen, wohlwissend, dass dies nicht alle Probleme löse.

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, äußerte sich zutiefst besorgt. Die humanitäre Lage an der Grenze sei schlecht. Die belarussische Regierung leite gezielt Migrantenströme an die EU-Außengrenze, um damit die Europäische Union zu destabilisieren. Der Freistaat Sachsen sei stark von den aktuellen Entwicklungen betroffen. Sollte sich die Situation zuspitzen und die Migrationsströme ungesteuert andauern, kämen als letzte Konsequenz auch befristete Grenzkontrollen zu Polen in Betracht.

// Alexander Wiesner





// Valentin Lippmann am Rednerpult //
 Foto: S. Floss

39. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Keinen Schlussstrich ziehen

BÜNDNISGRÜNE sehen weiteren Aufarbeitungsbedarf zum Nationalsozialistischen Untergrund

// Am 19. November 2021 befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE mit den Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds. Der Titel der Aktuellen Debatte lautete »10 Jahre Selbstenttarnung des NSU – Aufarbeitung fortsetzen, Gedenken ermöglichen, Rechtsextremismus entschieden bekämpfen«. //

Kein einfaches Ende

Bei der Aufklärung des NSU-Komplexes gebe es nach wie vor blinde Flecken, die aufgedeckt werden müssten, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Das bedeute auch, dass es kein einfaches Ende der Ermittlungen gegen jene geben dürfe, die den NSU unterstützt hätten. Es sei alles dafür zu tun, dass sich derartige Taten nicht wiederholten. Dementsprechend bleibe die Neuaufstellung von Polizei und Verfassungsschutz beim Vorgehen gegen rechtsterroristische Gruppierungen eine dauerhafte Aufgabe.

Sachsen habe seine staatspolitische Verantwortung angenommen und alle Mittel in Bewegung gesetzt, betonte Lars Rohwer, CDU. Nicht alles werde man im Nachhinein erfahren können. Der Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft müssten so gestärkt werden, dass solche schrecklichen Ereignisse kein zweites Mal passierten. Für die Zukunft sei man besser für auftretende Gefahren gerüstet, das zeige beispielsweise das Auffliegen der »Gruppe Freital« oder von »Revolution Chemnitz«.

Aufklärung erschwert

Nach Ansicht von Carsten Hütter, AfD, hätten zahlreiche deutsche Verfassungsschutzbehörden die Aufklärung der grausamen NSU-Morde erschwert. Akten seien zum Teil für 99 Jahre weggeschlossen worden, viele Zeugen hätten unerklärliche Erinnerungslücken, die Rolle von Dutzenden V-Leuten im NSU-Umfeld sei bis heute ungeklärt. Doch den BÜNDNISGRÜNEN gehe es mit dieser Debatte nicht um eine rechtsstaatliche Aufarbeitung, sondern vor allem darum, ihre eigene Weltanschauung zu verbreiten.

Der NSU habe sich nur selbst enttarnen können, weil es den zuständigen Behörden nicht gelungen sei, die untergetauchten Neonazis zu finden, rief Kerstin Köditz, DIE LINKE, in Erinnerung. Sie erkannten die Existenz des NSU nicht und konnten die vielen einzelnen Taten der Gruppe nicht ergründen. Dabei handelte es sich um zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle. Über die Gründe des Versagens gäben die Berichte der Untersuchungsausschüsse Auskunft.

Verständnis für Wut und Kritik

Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU bleibe eine große offene Wunde, so Henning Homann, SPD. Das rechtsterroristische Netzwerk sei nie vollkommen aufgedeckt worden. Man verstehe daher die Wut der Angehörigen und ihre Kritik. Der lückenhaften Aufarbeitung des NSU-Netzwerks müsse man sich weiterhin stellen. Viele Projekte in Sachsen hätten sich in der Vergangenheit wissenschaftlich, politisch und auch künstlerisch mit den Verbrechen des NSU auseinandergesetzt.

Justizministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, gab zu, dass auch staatliches Versagen den Kampf gegen rechts in Sachsen erschwert und den jahrelangen Terror des NSU möglich gemacht habe. Rechtsextremismus ließe sich aber nicht allein in den Gerichtssälen besiegen. In Zwickau solle ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex entstehen. Es sei gedacht als lebendiger Ort, an dem Bildungsarbeit stattfinde und an dem Menschen zusammenkommen könnten.

Erhöhung des Landesblindengeldes

Janina Wackernagel

Foto: zlikovec / stock.adobe.com

Die fünf anwesenden Sachkundigen wiesen zunächst auf sprachliche Änderungsbedarfe am Gesetz hin: Es sei höchste Zeit, endlich veraltete Begriffe aus dem Gesetzestext zu ersetzen, z. B. spreche man heute nicht mehr davon, dass Menschen mit Behinderungen in Anstalten oder Heimen leben.

Sodann ging es natürlich um die Höhe der Anhebung: Zwar seien 20 Euro angesichts allgemeiner Kostensteigerungen nachvollziehbar. Gudrun Braun (Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen) plädierte jedoch dafür, dass das Blindengeld sowie die anderen Nachteilsausgleiche grundsätzlich viel höher

// Drittes Gesetz zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes – der Titel des Gesetzes stellt etwas verkürzt dar, dass in ihm noch weitere finanzielle Nachteilsausgleiche geregelt werden. Die Koalitionsfraktionen schlagen mit der Gesetzesänderung eine Anhebung der Gelder um 20 Euro monatlich vor. Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE fordert eine deutlich weitergehende, dynamische Erhöhung. Am 1. November 2021 wurden zu beiden Vorschlägen Sachkundige im Sozialausschuss angehört. //

sein müssten. Zusätzlich müsse es eine Dynamisierung geben. Dem schlossen sich alle anderen Sachkundigen an. Mit Blick auf die Blindenhilfe nach Sozialhilfegesetz und auch auf die Gelder, die in anderen Bundesländern bereitgestellt werden,

müsse man eher 700 Euro monatlich ansetzen, anstatt wie bisher 350 Euro. Sie betonte, speziell der Nachteilsausgleich für schwerstbehinderte Kinder sei mit bisher 100 Euro deutlich zu niedrig und werde dem hohen Aufwand der Erziehungsberechtigten nicht gerecht.

Mit zahlreichen Beispielen bewiesen die Sachkundigen, welche Kosten behinderten Menschen regelmäßig entstehen. Dabei seien die aufgerufenen Preise deutschlandweit praktisch gleich, ergänzte Benny Trölmich (Leben mit Handicaps e.V.). Michael Welsch (Geschäftsstelle des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen) erinnerte daran, dass viele Betroffene überhaupt kein eigenes Einkommen hätten. Die Hürden zur Gewäh-

rung der Gelder seien zudem übermäßig hoch – momentan würden in Sachsen gerade einmal 53 taubblinde Personen den entsprechenden Nachteilsausgleich erhalten. In Sachsen gebe es die Unterstützung nur für Menschen, die bis zum 7. Lebensjahr ertaubt seien, erklärte Jens Langhof (Landesverband der Gehörlosen Sachsen e.V.).

Am Ende der Sitzung gab der selbst erblindete Andreas Schneider (Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen) den Abgeordneten noch einen Denkanstoß mit. Dazu ließ er den Gesetzestext von einem Screenreader vorlesen. Es war für alle Anwesenden zweifelsfrei erkennbar, dass das Dokument ebenso wenig barrierefrei war wie die digitalen Antragsformulare für das Landesblindengeld. Es bleibt also noch viel auf diesem Gebiet zu tun.

// Die Anhörung fand mit Simultangebärdendolmetschern statt, auf der Besuchertribüne gab es eine Induktionsschleife für Gäste mit Hörgeräten. Der Landtagskurier wird seit längerem in barrierefreier Form angeboten. // Foto: J. Männel



ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll
der Ausschuss-
sitzung



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Drittes Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts, 7/7991 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf erweitert die Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen und führt den Grundsatz der Hauptamtlichkeit von Bürgermeistern auch in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern ein sowie einen pauschalen Ehrensold für ehemalige ehrenamtliche Bürgermeister.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 21. Oktober 2021
Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen, 7/8120 Staatsregierung	Mit dem Zustimmungsgesetz wird beabsichtigt, den Staatsvertrag in Landesrecht zu überführen.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 8. November 2021
Gesetz zur Einführung eines »Kinder- und Familienfreitags« als gesetzlichen Feiertag, 7/6595 DIE LINKE	In Sachsen soll ein neuer jährlicher Feiertag am ersten Freitag des Monats Juni eingeführt werden. Damit soll auf die Lebenssituation und Rechte von Kindern hingewiesen werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 1. November 2021
Drittes Gesetz zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes, 7/7630 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zur Unterstützung der Betroffenen ist vorgesehen, das Blindengeld sowie die Nachteilsausgleiche zu erhöhen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 1. November 2021

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Seit der letzten Ausgabe wurden keine Gesetzentwürfe abschließend behandelt.

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 24. November 2021.



// Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtags (VeMdL e. V.) kam am 9. Oktober 2021 zur Mitgliederversammlung im Landtag zusammen und bestätigte bei den turnusmäßig anstehenden Wahlen die Präsidiumsmitglieder in ihren Ämtern. Angelika Freifrau von Fritsch (MdL 1990 bis 1994) wurde erneut zur Präsidentin gewählt. Die VeMdL hat derzeit 97 Mitglieder. //

// Mitgliederversammlung am 9. Oktober 2021 // Fotos: S. Füssel

Katja Ciesluk

Wiedersehen und Wiederwahl

Mitgliederversammlung ehemaliger Abgeordneter des Sächsischen Landtags

Der »Landtagskurier« sprach im Anschluss an die Mitgliederversammlung mit Präsidentin Angelika Freifrau von Fritsch.

Welchen Anspruch stellt die Vereinigung an ihre Arbeit?

Wir verfolgen als ehemalige Parlamentarier nach wie vor sehr aufmerksam die Tagespolitik, diskutieren diese konstruktiv überparteilich und freuen uns, wenn aktuelle Entscheidungsträger unsere Expertise und Erfahrung schätzen und an einem Austausch interessiert sind. Außerdem erfüllt das Vereinsleben eine wichtige soziale Aufgabe für die Mitglieder und beruht auf engen persönlichen Bindungen untereinander.

Wie gestaltet die Vereinigung das Vereinsleben während der Corona-Pandemie?

Das ist für uns natürlich eine große Herausforderung. Wir versuchen, so gut es geht, telefonisch und digital Kontakt zu halten und die Belange der Vereinigung zu koordinieren und fortzuführen, z. B. über Zoom-Videokonferenzen. Leider haben wir auch in unseren Reihen teils schwer an Covid-19 erkrankte Mitglieder zu beklagen. Wir stehen in Kontakt mit ihnen bzw. ihren Familien und bieten Unterstützung an.

Außerdem haben wir die zurückliegenden Monate genutzt, um mit dem Landtag zu vereinbaren, dass unsere Vereinigung künftig auf der Website des Landtags vertreten sein wird.

Was plant die Vereinigung für 2022?

Wir hoffen, dass wir im kommenden Jahr endlich wieder unsere gemeinsame Jahresfahrt durchführen können. Die ursprünglich für 2020, dann für 2021 geplante Reise nach Straßburg mussten wir leider zweimal absagen und planen diese nun für 2023. Im Juni 2022 soll es nach Berlin gehen. Dort wollen wir den Bundestag und weitere Bundesinstitutionen besuchen, aber auch Kultur erleben. So steht z. B. ein Besuch im neu eröffneten

Humboldt-Forum auf der Agenda. Des Weiteren möchten wir im Frühjahr zu unserem 20. Gesprächskreis einladen und dort über Bildungspolitik diskutieren. Last but not least soll es eine Exkursion in die Lausitz zum Thema »Strukturwandel« geben.

DEM PRÄSIDIUM GEHÖREN AN:

- Präsidentin: Angelika Freifrau von Fritsch
- Vizepräsidenten: Uta Windisch, N. N.
- Schatzmeisterin: Bettina Simon
- Schriftführerin: Dr. Liane Deicke
- Beisitzer: Corinna Köhler, Michael Weichert



MITGLIED WERDEN!

Kontakt: Geschäftsstelle,
Martina Zärtner, Tel. 0351 250970
m.zaertner@vemdl-sachsen.de
www.vemdl-sachsen.de



Auf der Suche nach Europas Zukunft

// Die österreichische Hauptstadt Wien war Tagungsort der zehnten Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag. Die Konferenzteilnehmer beschäftigten sich mit den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, wie sie momentan allgegenwärtig ist. Sie diskutierten ebenso neue Ideen, die Europa den Weg in eine erfolgreiche Zukunft weisen können. //

// Hofburg in Wien mit Michaelerkuppel //
Foto: Horváth Botond / Stock.adobe.com

Dr. Thomas Schubert

»Wie weiter in Europa?«

Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in Wien

In Wien, der Hauptstadt von Österreich, wo man den mitteleuropäischen Geist wie an kaum einem anderen Ort spüren kann, traf sich das Forum Mitteleuropa zu seinem mittlerweile zehnten Austausch. Der Einladung des Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Wolfgang Sobotka, und der Initiative des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, waren gut 100 Konferenzgäste in die Hofburg gefolgt. Darunter waren Abgeordnete aus dem Nationalrat sowie aus den Landtagen von Niederösterreich und Sachsen. Strenge Hygienevorschriften ermöglichten die Veranstaltung. Das Programm war gespickt mit hochkarätigen Rednern und interessanten Themen. Am Vormittag ging es um »Europa nach der Pandemie – Aufbruch oder Vertrauenskrise?«, nachmittags

// Am 12. November 2021 kamen im Parlament der Republik Österreich in Wien Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler sowie Vertreter der Bürgergesellschaft aus Mitteleuropa zusammen. Sie tauschten sich über aktuelle Entwicklungen in Europa und der Europäischen Union aus. Die Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag stand unter dem Motto »Wie weiter in Europa?«. //

stand die Frage »Europa im 21. Jahrhundert – moderner, nachhaltiger, globaler?« im Zentrum der Vorträge und Diskussionen.

Vielfalt und Stabilität als Stärken

Europa, so Wolfgang Sobotka in seiner Begrüßungsansprache, sehe sich nicht nur mit großen Machtblöcken in der Welt konfrontiert, sondern auch mit der Frage, wo im Innern seine Zu-

kunft liege. Es existierten dabei verschiedene kollektive Erfahrungen, die bis heute das Verständnis in Europa unterschiedlich prägten. Man müsse das reflektieren und nicht aneinander vorbeireden. Durch seine Regionen sei Europa gänzlich anders als andere Kontinente, was aber vor allem eine Chance sei. Sie würden diverse Perspektiven schaffen, die es zu erkennen und zu erklären gelte, und da setze das Forum Mitteleuropa seit zehn Jahren erfolgreich an.

Das Forum Mitteleuropa, so Dr. Matthias Rößler, wolle mitteleuropäische Akzente stärker ins öffentliche Bewusstsein Europas heben. Dass eine solche Initiative von Sachsen ausgehe, verwundere nicht, habe Sachsen doch immer zu Mitteleuropa gehört. Nun müsse man Europa weiter gestalten. Die Realität sei dabei nicht leicht, Konflikte stünden im Raum, etwa im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedsstaaten. Überlagert werde all das von der Corona-Pandemie, die aber auch zeige, dass es nur einen gemeinsamen europäischen Ausweg gebe und man in Europa eine unbedingte Stabilität in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat brauche.

Mit einem Video-Impuls meldete sich anschließend der Vizepräsident der Europäischen



Foto: Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger



// Dr. Matthias Rößler



// Wolfgang Sobotka



Fotos: Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Kommission, der Slowake Dr. Maroš Šefčovič, zu Wort und erläuterte die Strategie der EU hinsichtlich der globalen Megatrends der kommenden Jahre: vom Klimawandel über den technologischen Fortschritt bis hin zu den großen wirtschaftlichen, geopolitischen und demografischen Herausforderungen.

Aufbruch oder Vertrauenskrise?

Nach den Eröffnungsansprachen begann der erste Themenblock mit einem Vortrag von Dr. Gergely Gulyás, Minister im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn. Er verwies darauf, wie wichtig es sei, in Europa Unterschiede und Vielfalt zu bewahren. Der langfristige Erfolg der europäischen Zusammenarbeit hänge von der Fähigkeit ab, die Verpflichtungen, die von allen erfüllt werden müssten, klar zu definieren. Darüber hinaus solle man aber jene Bereiche benennen, in denen kein gemeinsamer Standpunkt nötig sei, und die sich daraus ergebenden Unterschiede tolerieren.

Die anschließende Paneldiskussion drehte sich um die Corona-Pandemie. Die schwierige politische Aufgabe jeder Regierung sei es, so Gulyás, eine Balance zu finden, wie der Staat funktionieren und wie man zugleich die Pandemie beherrschen könne. Hier glichen sich die Ansätze der Staaten, wobei es das gemeinsame Interesse sei, die Freizügigkeit in der EU zu erhalten. Gleichwohl, so Ralf Beste, deutscher Botschafter in Österreich, hätten die Staaten zu Beginn der Pandemie auf Rezepte zurückgegriffen, die man für überwunden glaubte, indem sie etwa ihre Grenzen schlossen. Es sei zudem schnell ein negatives Urteil über die EU gefällt worden, noch bevor diese ihre Leistungsfähigkeit habe unter Beweis stellen können. Dem widersprach Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, insofern, als die EU kaum weltfähig sei und zu wenig in die globale Pandemiebekämpfung investiert habe. Denn, da waren sich alle Diskutanten einig, die Pandemie sei weder in Europa noch in der Welt vorüber.

Europa im 21. Jahrhundert

Der zweite Themenblock weitete den Blick und befasste sich mit der Frage, wie die EU, wie Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts aufgestellt sein sollte. Peter Mišík, Botschafter der Slowakei in Österreich, wies in einem Impulsreferat darauf hin, dass es aktuell auf eine europäische Politik für mehr Sicherheit und Stabilität ankomme. Dr. Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie Wien, betonte, dass Europa einen fundamentalen Wandel von der bisher dominierenden Innensicht zur Außensicht brauche, wolle es in einem instabilen geopolitischen Umfeld seine Rolle definieren. Besonders im Verhältnis zu Russland, China und den Vereinigten Staaten brauche es in der EU eine gemeinsame Haltung, die derzeit nicht existiere.

Die nachfolgende Podiumsdiskussion griff zentrale Aspekte aus den Impulsreferaten auf, u.a. die Frage, ob Europa stärker »die Sprache der Macht« sprechen solle. Prof. Dr. Petr Druľák vom Institute of International

Relations Prague hegte hier erhebliche Zweifel, ob dies der EU in ihrer momentanen Form zufalle. Zunächst müsse Europa seine eigene Position kennen, um sie dann global behaupten zu können. Beides habe es bisher nicht gegeben, Europa sei von einem unabhängigen strategischen Akteur weit entfernt. Wobei sich Dr. Rafał Dutkiewicz, der frühere Oberbürgermeister von Wrocław, überzeugt zeigte, dass eine notwendige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht ohne die transatlantische Achse denkbar sei.



Alle Reden und Podiumsdiskussionen sind in voller Länge auf dem [Youtube-Kanal](#) des Sächsischen Landtags abrufbar. Sie erscheinen zudem als Heft 10 im Rahmen der [FORUM-Reihe](#) für Sie zum Nachlesen.



Foto: S. Füssel

Thomas Starke

Europarats-Delegation tagt in Dresden

Deutsche Mitglieder im Kongress der Gemeinden und Regionen ziehen positives Fazit

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Gäste. Anschließend zog Jan Kantorczyk, zuständiger Referatsleiter im Auswärtigen Amt, eine positive Bilanz des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats. Es sei gelungen, eine Konvention zum Thema »Künstliche Intelligenz und Menschenrechte« und eine Empfehlung zur Be-

kämpfung von Hassreden auf den Weg zu bringen. Außerdem habe die Bundesregierung angemahnt, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte konsequenter durchzusetzen. Vor allem in der Türkei und Russland stellt dies ein Problem dar. Ferner ging Kantorczyk auf den Stand der Verhandlungen über eine neue Europaratskonvention zu Com-

puterkriminalität und Datenschutz ein. Er sprach auch über einen möglichen Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die laufenden Haushaltsberatungen des Europarats sowie aktuelle Wahlbeobachtungsmissionen.

Die Delegierten befassten sich außerdem mit der Vorbereitung des KGRE-Plenums, das vom

// Am 5. Oktober 2021 traf sich die deutsche Delegation im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) in Dresden. Der Sächsische Landtag führt derzeit das Sekretariat dieser Delegation, die je zur Hälfte aus Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikern besteht. Ein Thema der Tagung war die Bilanz des Europarats-Vorsitzes, den Deutschland von November 2020 bis Mai 2021 innehatte. //

26. bis 28. Oktober 2021 in Straßburg stattfand. Bei dem Treffen standen Berichte zur Lage der regionalen und kommunalen Demokratie in Spanien, den Niederlanden, Albanien und Zypern auf der Tagesordnung. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der Umgang mit Migration in den Gemeinden und Regionen waren ebenfalls Themen der Beratungen.

Europarat und KGRE



Dem Europarat gehören 47 Staaten an, darunter die Mitglieder der EU sowie Nicht-EU-Staaten wie die Türkei, Russland oder Großbritannien. Das wesentliche Ziel der 1949 gegründeten Institution besteht darin, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu fördern. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche völkerrechtlich verbindliche Abkommen initiiert. Eine der bekanntesten ist die Europäische Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950. Der Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats wechselt halbjährlich unter den Mitgliedsstaaten.

Die wichtigsten Gremien des Europarats sind das Ministerkomitee, die Parlamentarische Versammlung und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Als beratendes Organ vertritt der Kongress der Gemeinden und Regionen die Interessen der über 150 000 Regionen und Kommunen im Europarat. Für Sachsen gehört der Landtagsabgeordnete Gerald Otto (CDU) dem Kongress als stellvertretendes Mitglied an.



Foto: Landtag



Die Ausstellung lässt sich aufgrund der Corona-Beschränkungen aktuell nur online ansehen: www.30jahrepolizei.sachsen.de



Foto: Polizei Sachsen/Philipp Thomas

// Am 12. November 2021 fand im Sächsischen Landtag eine Feierstunde anlässlich des Jubiläums »30 Jahre Polizei Sachsen« statt. Aus diesem Anlass entstand eine Ausstellung über die Arbeit der sächsischen Polizei. Die Informationstafeln und Exponate nehmen die Besucherinnen und Besucher mit auf eine anschauliche Entdeckungsreise. //

Die Polizei Sachsen feiert in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen nach der Wiedergründung des Freistaates. Am 12. November 2021 blickten unter anderem Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois, Ministerpräsident Michael Kretschmer und Landespolizeipräsident Horst Kretschmar beim Festakt im Sächsischen Landtag auf drei Jahrzehnte Polizeiarbeit in Sachsen zurück.



// Andrea Dombois, Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags (2.v.l.) und Landespolizeipräsident Horst Kretschmar (3.v.l.) // Foto: Polizei Sachsen/Christian Lehmann

Tiefgreifender Wandel

Im Anschluss an den Festakt wurde die Ausstellung »Im Spannungsfeld Demokratie – 30 Jahre Polizei Sachsen« eröffnet. Sie stellt einzelne Aspekte der Polizeiarbeit aus Vergangenheit und Gegenwart vor.

Eine der vier aufgebauten Informationsinseln befasst sich mit dem demokratischen Neuanfang in Sachsen. Dieser begann bereits 1989, als sich Teile der Volkspolizei entschlossen, nicht gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vorzugehen. Die eigentliche Geburtsstunde der Polizei in Sachsen schlug dann im Jahr 1991. Damals beschloss der Landtag sein erstes Polizeigesetz im wiedergegründeten Freistaat. Besonders anschaulich zeigt sich der Wandel der vergangenen 30 Jahre anhand der Polizeibekleidung. Für kurze Zeit waren mangels Ausrüstung noch die Uniformen der Volkspolizei im Einsatz, auf sie folgte für fast 20 Jahre das grüne Erscheinungsbild. Ab dem Jahr 2011 änderte sich die Bekleidungsfarbe dann ins europaeinheitliche Blau.

Freiheit und Sicherheit

Nicht weniger eindrücklich sind auch die anderen Themenbereiche. So ist etwa die Kofferbombe zu sehen, die 2003 am Dresdner Hauptbahnhof entdeckt wurde. Dank der zur Verfügung stehenden Kriminaltechnik konnte sie entschärft und der Täter ermittelt werden. In einem anderen Fall kam man dank Röntgentechnik einem großangelegten Waffenschmuggel auf die Spur.

Die Ausstellung macht ebenso deutlich, dass bei der Polizeiarbeit, wie sie in einer Demokratie praktiziert wird, individuelle und kollektive Interessen abgewogen werden müssen. Das hohe Vertrauen, das der sächsischen Polizei heute entgegengebracht wird, musste sie sich hart erarbeiten. Ihr Dienst findet mit der Ausstellung eine angemessene Wertschätzung. In dieser Hinsicht knüpft sie nahtlos an die begangene Feierstunde an.

Rhetorisches

36 Jugendliche beweisen im Landtag ihr Argumentationsgeschick

// Das Jugend-Redeforum des Sächsischen Landtags bietet Jahr für Jahr Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich im rhetorischen Wettstreit zu messen. Am 6. November 2021 fand die Veranstaltung bereits zum 18. Mal statt. Im vergangenen Jahr musste sie ausfallen. //

Klarer Sieg und knappe Entscheidung um die Plätze

Am Ende eines langen Debatteertages gab es im Rund des Plenarsaals zahlreiche glückliche und zufriedene Gesichter. Das lag an der Erleichterung der Akteure, der Jurymitglieder sowie des Organisationsteams vom Sächsischen Landtag darüber, dass nach der Absage im vergangenen Jahr die Veranstaltung endlich wieder stattfinden konnte. Vor allem aber lag es am Strahlen der Siegerin Sarah Lange aus der 12. Klasse des Weißeritzgymnasiums in Freital. Als beste Rednerin des Tages sicherte sie sich den ersten Platz beim 18. Jugend-Redeforum. Als Anerkennung für ihre Bestleistung erhielt sie neben einem Sachpreis den begehrten Siegerpokal.

Aber auch die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten mit ihrem Abschneiden überaus zufrieden sein. Besonders bei den Entscheidungen um die Plätze 2 und 3 ging es denkbar knapp zu. Die Jurywertungen lagen hier nah beieinander. Letztlich erreichte Moritz Fabian Herz aus der 12. Klasse des Emil-Fischer-Gymnasiums in Schwarzheide



Aike Aúddú, Sarah Lange und Moritz Fabian Herz // Fotos: Steffen Füssel

den 2. Platz, Dritte wurde Aike Aúddú vom Romain-Rolland-Gymnasium in Dresden (12. Klasse). Zuvor war mit Julius Reuschel vom Bertolt-Brecht-Gymnasium Dresden der Sieger der Vorrunde gekürt worden.

Redekompetenz stärkt die Demokratie

Zur Eröffnung des Redeforums erinnerte zunächst Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner vor rund 90 Gästen, darunter Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler,

darán, wie wichtig überzeugende Redefähigkeiten für den Dialog und den Austausch in einer Gesellschaft seien. Sie nützten den Teilnehmenden, die ihren Mut schon dadurch bewiesen, dass sie sich vor so vielen Menschen dem Redewettstreit stellten. Später könnten sie von den gesammelten Erfahrungen profitieren. Redekompetenz öffne Türen und helfe dabei, im Berufsleben wichtige Ziele zu erreichen.

Im anschließenden Wettbewerb diskutierten die Teilnehmer zunächst in Gruppen aus sechs Personen aktuelle politische

Kräfte messen

Themen wie die Digitalisierung in den Schulen oder eine Impfpflicht gegen COVID-19. Für die Vorbereitung der zuweilen schwierigen, mitunter recht kontroversen Themen hatten sie jeweils nur fünf Minuten Zeit. Diese knappe Spanne nutzten sie, um sich mit dem Gegenstand auseinanderzusetzen, Stichpunkte zu notieren und ihre Argumente zu ordnen. In der eigentlichen Debatte blieben ihnen dann 15 Minuten Zeit, um zu punkten. Eine fachkundige Jury, mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Medien und Wirtschaft sowie vom Verband der Redenschreiber deutscher Sprache, bewertete die einzelnen Beiträge und gab – ganz wichtig für die Akteure – konstruktives Feedback.

Meinungsfreiheit mit Leben füllen

Nach der Vorrunde und im Anschluss an die Mittagspause ging es für die Finalteilnehmer im Plenarsaal weiter. Dort mussten sie in einer dreiminütigen Rede Jury und Publikum überzeugen. Um die Schwierigkeit noch einmal etwas zu erhöhen, konnten sie ihr Thema erst kurz vorher aus einem Lostopf ziehen. Es ging dabei querfeldein von Freiheit und Wahlrecht über Inflation und Steuern bis hin zu Tempolimit oder Gleichberechtigung.

Nach der Veranstaltung bekundeten viele Schülerinnen und Schüler ihr Interesse, im nächsten Jahr wieder mit dabei sein zu wollen. Nicht nur das Team des Sächsischen Landtags

dürfte sich darüber freuen. Die Redefreiheit zählt schließlich zu den höchsten demokratischen Gütern, garantiert durch die Verfassung. Sie muss jedoch aktiv gelebt und mit Leben gefüllt werden, so wie beim jährlichen Jugend-RedeForum.

REDEN UND DISKUTIEREN – WESHALB SIND DIESE FÄHIGKEITEN WICHTIG?

Reden und Diskutieren sind Voraussetzungen für den erfolgreichen Diskurs in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Den Dialog suchen, einander zuhören, überzeugende Argumente formulieren, austauschen und abwägen – das gehört zu den wichtigsten Fähigkeiten, die junge Menschen lernen können, wenn sie erfolgreich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihre Zukunft aktiv gestalten wollen.

Nicht nur in der Politik, sondern auch im Beruf hat die Debatte an Bedeutung gewonnen. In modernen Unternehmen herrscht ein eher dialog- und konsensorientierter Führungsstil – nicht zuletzt wegen der veränderten Erwartungen gerade jüngerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihre Arbeitgeber. Ob alleine oder im Team: Die kritische Auseinandersetzung mit Themen gehört heute zum Berufsalltag.

Ich begrüße es daher sehr, dass Schulen Räume und Gelegenheiten schaffen, in denen Schülerinnen und Schüler

rhetorische Kompetenzen entwickeln und anwenden können. Das Jugend-RedeForum im Sächsischen Landtag zeigt eindrucksvoll, wie sich Jugendliche für faire Debatten und leidenschaftliche Reden begeistern – als Teilnehmer oder als Zuschauer. Damit sendet der Wettstreit direkt aus dem Kraftzentrum der Demokratie in Sachsen ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal.

CHRISTOPH SCHUMACHER
Director Communications bei Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG



Dr. Matthias Rößler



Christoph Schumacher





// Otto Buchwitz verliest eine »Erklärung des sächsischen Landtags über die Demokratisierung und über die Einheit Deutschlands«. Um die Sitzung direkt im Rundfunk zu übertragen, wird fortwährend ein Mikrofon an die Lippen der Redner gehalten. // Fotos: © SLUB / Deutsche Fotothek / Höhne, Erich & Pohl, Erich

Dr. Edith Schriefl

Zeichen der Hoffnung

Die konstituierende Sitzung des sächsischen Nachkriegslandtags am 22. November 1946

Manche historischen Ereignisse sind bedeutend und unscheinbar zugleich, und das nicht nur in der Rückschau, sondern auch in der Wahrnehmung der Zeitgenossen. Ein solches Ereignis war die Eröffnung des ersten sächsischen Nachkriegslandtags am 22. November 1946, vor 75 Jahren. Fraglos handelte es sich um einen historischen Moment: Nach 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur trat in Sachsen erstmals wieder ein parteipolitisch heterogenes Parlament zusammen. Neben 59 Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hatten 30 Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP), 28 Vertreter der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und drei Vertreter der sogenannten Massenorganisationen ein Mandat erlangt. Auch was die Abgeordneten und ihre Biografien betraf, hatte die Geschichte

// In diesem Jahr erinnert der Landtagskurier an ein weiteres historisches Jubiläum. Vor 75 Jahren tagte der Sächsische Landtag zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Damit begann eine recht kurze Epoche des Landesparlamentarismus, die mit der Auflösung des Landes Sachsen bereits im Jahr 1952 endete. //

innerhalb kürzester Zeit eine Kehrtwende vollzogen. Fast 40 der 120 gewählten Kandidaten hatten sich noch bis 18 Monate zuvor aus größtenteils politischen Gründen vor den Nationalsozialisten im Ausland oder Inland versteckt oder waren in Konzentrationslagern und Zuchthäusern eingesperrt worden. Nun saßen sie im sächsischen Parlament und durften als Vertreter des Volkes für dessen Belange sprechen. Zugleich war aber das Leid, das Teile ebendieses Volkes über die Menschheit gebracht hatten, omnipräsent. Die Zahl der Toten war unermesslich, Dresden lag in Trümmern, der Mangel war überall spürbar und das Besatzungsstatut ließ keinen Zweifel,

dass die Verantwortung dafür in den Reihen der Deutschen lag. All diese widersprüchlichen Voraussetzungen und ambivalenten Gefühlslagen traten bei der Eröffnung des Landtags in ein unauflösliches Spannungsverhältnis zueinander. An eine pompöse Feier war nicht zu denken.

Plenarsaal im ehemaligen Soldatenheim

Stattdessen war das Ereignis von tatkräftiger Improvisation bestimmt. Erst am 18. November gab die sowjetische Militäradministration die Erlaubnis, den Landtag für den 22. November einzuberufen. Noch am gleichen Tag versandte der Leiter der Landesverwaltung, Rudolf Friedrichs (SED), die Einladungstelegramme an die gewählten Listenkandidaten. Immerhin 116 der 120 Mandatsträger schaff-



// Vor der Sitzung finden sich Abgeordnete und Gäste zu einer informellen Zusammenkunft im Plenarsaal zusammen. Hier zu sehen im Vordergrund Otto Buchwitz, hinten links vermutlich Wilhelm Koenen, mittig Erich Zeigner, rechts Rudolf Friedrichs.

ten es, den kurzfristigen Termin wahrzunehmen – so viele wie in keiner weiteren Plenarsitzung. Aufgrund der schwierigen Verkehrslage waren die Abgeordneten frühmorgens mit Bussen von ihren Wohnorten abgeholt und zum Landtagsgebäude in Dresden chauffiert worden. Auch das Gebäude selbst galt zunächst als Notbehelf. Das Ständehaus in der Dresdner Altstadt, in dem der Landtag vor 1933 getagt hatte, war aufgrund der Luftangriffe nicht nutzbar und die Idee eines Neubaus musste wegen des Mangels an Zeit, Rohstoffen

verfasste, beschwerte er sich im Namen seiner Presse-Kollegen darüber, dass »dieser große politische Anlass so unauffällig in einem kleinen Häuschen« abgehalten und dadurch auf eine »kleine Verwaltungsangelegenheit« reduziert worden sei.

Dabei hatte sich ein kleines Team der Landesverwaltung in der kurzen Vorbereitungszeit redlich um eine repräsentative Ausgestaltung des ehemaligen Soldatenheims bemüht. Am Tag der Konstituierung erwartete die Abgeordneten und Zuschauer ein laut Zeitungsbericht zumindest »so gut wie möglich«

sens der Landessymbolik ein »Zeichen der Hoffnung«. Selbstverständlich hatten sich auch die Abgeordneten um eine anständige Garderobe bemüht. Die Frauen trugen Röcke und lange Mäntel, die Männer Anzug, Weste und Krawatte.

Ansprache des sowjetischen Generals Dudorow

Die Plenarsitzung selbst verlief laut Parteizeitung der CDU »in einer Atmosphäre ruhiger Besonnenheit«; »kein festlicher Glanz, keine Feiertagsreden. Vor der Sitzung fand kein gemeinsamer Gottesdienst statt, wie es zu Zeiten der Weimarer Republik üblich gewesen war und wie es auch heutzutage in Sachsen wieder üblich ist. Bis zum Beginn der offiziellen Zeremonie standen die Abgeordneten und etwa 180 Gäste und Ehrengäste in Gruppen zusammen. Kurz nach 14 Uhr betrat Carl Ruland (CDU) das Präsidium und nahm Platz. Er war mit 72 Jahren der älteste anwesende Abgeordnete und führte als Alterspräsident bis zur Wahl des Präsidiums die Geschäfte. Nach einer kurzen Ansprache Rulands, in der er vor »unfruchtbarem Parteiengänz« warnte sowie »gesundes Zusammenarbeiten« und »wirkliche Realpolitik« empfahl, trat der sowjetische Chef des Stabes der sächsischen Militärverwaltung, Generalmajor Timofei Dudorow, an das Rednerpult. Dudorow hob sich deutlich von den übrigen Anwesenden ab: Er trug Uniform und hielt seine Rede auf Russisch, sie wurde simultan ins Deutsche übersetzt. Inhaltlich präsentierte er die Besatzungsmacht als Urheberin des »demokratischen Aufbaus«. Anschließend trat der Alterspräsident erneut ans Rednerpult und leitete zur Wahl des Präsidiums über, die einstimmig vonstattenging. Unter Beifall übergab Ruland seinen



Dr. Edith Schriefl

Edith Schriefl studierte in Dresden und Havanna Geschichte, Spanisch und Deutsch als Zweitsprache. 2019 wurde sie mit ihrer Arbeit zu dem sächsischen Nachkriegslandtag promoviert, die 2020 unter dem Titel »Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946 – 1952« im Jan Thorbecke Verlag erschien. Derzeit arbeitet Schriefl an dem Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt zur jüdischen Landesgeschichte. // Foto: Christiane Michels



// Die Abgeordneten wählen einstimmig das Präsidium.

und Baupersonal verworfen werden. Als Tagungsort wurde stattdessen ein ehemaliges Soldatenheim in der Königsbrücker Straße 84 auserkoren – dort, wo heute das Goethe-Institut untergebracht ist. Noch lange, nachdem sich das Parlament konstituiert hatte, galt diese vergleichsweise bescheidene Stätte als Provisorium. Der Landtag zog jedoch bis zu seiner Auflösung im Jahr 1952 nicht mehr aus.

Mehr noch als die Abgeordneten, echauffierte sich die Presse über die Prunklosigkeit des Gebäudes. In einem Brief an die Landesverwaltung, den der Leiter des sächsischen Landesnachrichtenamtes Kurt Liebermann noch am Tag der Konstituierung des Landtags

zum Parlament umgestaltetes Gebäude. Am Haupteingang war eine weiß-grüne Flagge aufgezogen und auch im Plenarsaal war die traditionelle sächsische Staatssymbolik präsent. Im Gewölbe der Stirnwand des Saals befanden sich mittig das Sachsenwappen und rechts und links davon die Wappen der kreisfreien Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen und Görlitz. Das Präsidium war mit Lebensbäumen und Dahliensträußen in Grün und Weiß geschmückt. Auch die für den Anlass angestellten Botenmeister und Saalordner trugen als Erkennungsmerkmal Armbinden in den Landesfarben. Karl Buchheim, Abgeordneter der CDU und gebürtiger Sachse, erblickte in der auffälligen Prä-

Platz an den Landtagspräsidenten Otto Buchwitz (SED); die drei Vizepräsidenten der LDP, CDU und SED setzten sich zu seiner Rechten und Linken.

Formal geschah in dieser ersten Plenarsitzung nichts weiter Spektakuläres. Weder verabschiedete der neue Landtag eine Verfassung, noch gab er sich eine Geschäftsordnung. Letzteres schien wohl auch deshalb nicht nötig, weil eine nicht unerhebliche Anzahl der Parlamentarier bereits ein Mandat in der Weimarer Republik innegehabt hatte und zu wissen meinte, wie ein Parlament funktionierte. Buchwitz verlas lediglich eine Erklärung, die das Streben nach einem vereinten Deutschland betonte, zu der die Fraktionsvorsitzenden der SED, LDP und CDU Stellung bezogen und über die das Plenum einstimmig befand. Den Schlusspunkt der Sitzung setzte ebenfalls der Landtagspräsident. Er werde »sehr schnell« eine neue Sitzung einberufen, »so daß die Arbeit beginnen kann«. Buchwitz schloss die konstituierende Versammlung um 16:31 Uhr, gut zwei Stunden, nachdem sie begonnen hatte.

SERVICE

Botschafterbesuche im Ständehaus

Im Oktober und Anfang November empfing Parlamentspräsident Dr. Matthias Röbner Vertreter aus drei Staaten. Am 14. Oktober traf er mit dem irischen Botschafter Dr. Nicholas Joseph O'Brien im Dresdner Ständehaus zusammen. O'Brien trug sich nach dem Gespräch in das Gästebuch des Landtags ein. Aus Anlass ihres Antrittsbesuches reisten auch der Botschafter Kasachstans, Dauren Karipov, sowie der Botschafter Japans, Hidenao Yanagi, am 4. November nach Sachsen. Im Anschluss an ihre Gespräche mit dem Landtagspräsidenten trugen sich die Botschafter ebenfalls in das Gästebuch ein.



Fotos: J. Männel

Gewinnerin des Landtagsquiz ermittelt

Claudia B. aus Radeberg ist die Gewinnerin des Landtagsquiz zum »Tag der offenen Tür«. Sie darf sich über zwei Karten für die Semperoper in Dresden freuen. Schülerpraktikant Nils zog die Karte mit den richtigen Antworten aus der Losbox. Das Landtagsquiz vermittelt interessante Aspekte zur Arbeit und Geschichte des Sächsischen Landtags.



Foto: Landtag



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshhtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshhtml



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

21.12. – 22.12.2021
09.02. – 10.02.2022
23.03. – 24.03.2022
04.05. – 05.05.2022
01.06. – 02.06.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Bis auf Weiteres finden keine Präsenzfürhungen statt. Anmeldungen für digitale Live-Besucherprogramme erfolgen unter Tel. 0351 493-5132

Bürgerfoyer

Das Bürgerfoyer mit Ausstellung ist bis auf Weiteres geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 25.11.2021
Gastautoren: Dr. Edith Schriefl (Institut für Landesgeschichte, LDA Sachsen-Anhalt), Rüdiger Soster (Sächsischer Landtag), Thomas Starke (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.